

Resolution zur Hähnchenmast

Parteimitglied der Grünen Ulrike Westphal stellt Antrag an Bürgermeister / Subventionierung stoppen

BARSINGHAUSEN (em). In einer Pressemitteilung stellt die Barsinghäuser Fraktions-sprecherin Ulrike Westphal (Grüne) einen Antrag an den Bürgermeister der Stadt Barsinghausen, Walter Zieseniß.

Westphal bittet den Punkt "Resolution zu den geplanten Hähnchenmasthanlagen in Groß Munkel und Dedensen" in die Tagesordnung der geplanten Sitzung aufzunehmen. Die Fraktion der Grünen möchte ihre Resolution zur Abstimmung während der Ratssitzung einbringen. Darin enthalten: Der Rat der Stadt Barsinghausen fordert die Landtagsfraktionen auf, sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, die Rechtslage so zu ändern, dass Anlagen zur Massentierhaltung künftig nicht mehr zu den privilegierten Bauvorhaben im Aussenbereich gehören und damit die kommunale Planungshoheit gestärkt wird. Die planungsrechtlichen Möglichkeiten der kommunalen Gliederungen auszuweiten, um die Ansiedlungen von Massentierhaltungen auf ihrem Gebiet zu verhindern oder auf Standorte mit geringst möglichen Auswirkungen auf Anwohner und Umwelt beschränken zu können. Die 2007 unter Beteiligung des Bundesrates erfolgte massive Verschlechterung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Öffentlichkeitsbeteiligung von Großstallbauten mindestens auf den alten Stand 2007 zurückzuführen, die Subventionierung von Schlachthanlagen und Massentierhaltungsanlagen zu stoppen und eine verbraucherfreundliche Kennzeichnungspflicht für Fleisch, entsprechend der Käfigeierkennzeichnung, durchzusetzen und ein Qualitätssiegel für Produkte mit höheren Tierschutzstandards zu entwickeln.

vom 20.10.2010